



HESSISCHER LANDTAG

10. 03. 2026

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schwarz-rote Machtspiele zulasten von Zukunftsinvestitionen und Bildungsgerechtigkeit: Kürzungen bei Integrierten Gesamtschulen, beim Sozialindex und den Integrationsklassen sind falsch und unnötig

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass es sich bei der Finanzierung des Bildungssystems um Zukunftsinvestitionen handelt. In einem rohstoffarmen Land wie Deutschland ist Bildung die wichtigste Ressource, um Wirtschaftswachstum, Wohlstand, gesellschaftliche Entwicklung und Zusammenhalt sowie demokratische Stabilität zu erhalten und zu fördern. Dem Bildungssystem kommt dabei nicht zuletzt die wichtige Aufgabe zu, allen Kindern unabhängig von Herkunft und sozioökonomischem Status möglichst gleiche Startchancen zu ermöglichen. Wie die letzte PISA-Studie erneut bestätigt hat, hängt der Bildungserfolg in Deutschland jedoch so stark wie in kaum einem anderen Land von der sozialen Herkunft ab. Der in der hessischen Schulpolitik der letzten Dekade eingeschlagene Weg, mithilfe von Maßnahmen wie der sozialindizierten Lehrkräftezuweisung oder der Zuweisung zusätzlicher Stellen für integrierte Gesamtschulen die Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen gezielt zu unterstützen, ist insofern kein nettes Extra für gute Zeiten, sondern eine bildungs-, sozial- und wirtschaftspolitisch notwendige Zukunftsinvestition, damit alle Kinder und Jugendlichen in Hessen ihre Potenziale bestmöglich ausschöpfen können.
2. Vor diesem Hintergrund nimmt der Landtag mit Bestürzung zur Kenntnis, dass die schwarz-rote Landesregierung mehr als 70 Millionen Euro gezielt bei Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen kürzen wird. Durch die Streichung von ca. 90 Lehrkräftestellen an binnendifferenziert arbeitenden integrierten Gesamtschulen und 300 Stellen bei der sozialindizierten Lehrkräftezuweisung werden ausgerechnet Fördermaßnahmen wegfallen, die bisher besonders benachteiligten bzw. förderbedürftigen Schülerinnen und Schülern zu Gute kommen. Weitere 40 Millionen Euro werden bei den Intensivklassen für geflüchtete und zugewanderte Schülerinnen und Schülern mit geringen Deutschkenntnissen gekürzt. In den Intensivkursen und -klassen erhalten die Schülerinnen und Schüler eine intensive Deutschförderung vor dem Übergang in die Regelklassen. Hier wird der Grundstein für ihre weitere Schullaufbahn und die Integration in die Gesellschaft gelegt. Entgegen der Ankündigung im Koalitionsvertrag, die Klassengrößen in den Intensivklassen zu reduzieren, wenn die Zahl der geflüchteten Schülerinnen und Schüler zurückgeht, werden die nun durch abnehmende Schülerzahlen frei werdenden Ressourcen jedoch nicht für kleinere Gruppengrößen verwendet, sondern gestrichen und damit das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag von CDU und SPD gebrochen. Darüber hinaus sind Kürzungen im Bereich der Lehrkräfteausbildung vorgesehen und weitere in Planung. Bereits im letzten Jahr wurden Hessens Schulen 20 Millionen Euro aus ihren Budgetrücklagen gestrichen.
3. Der Landtag kritisiert aufs Schärfste, dass damit erstmals seit Jahrzehnten an Hessens Schulen wieder drastisch gekürzt wird und lehnt die Kürzungen als falsch und unnötig ab. Der Landeshaushalt bietet genug finanziellen Spielraum, um die Ressourcen für die integrierten Gesamtschulen, im Sozialindex und in den Integrationsklassen in vollem Umfang zu erhalten. Dass die Landesregierung die Kürzungen dennoch durchsetzt, zeigt, dass Bildung unter der schwarz-roten Landesregierung in Hessen keine Priorität mehr hat.

4. Der Landtag kritisiert nicht zuletzt, dass die schwarz-rote Landesregierung ihren Machtkampf um das letzte Wort in der Bildungspolitik in den vergangenen Wochen auf dem Rücken der betroffenen Schulgemeinden ausgetragen hat. Nicht nur wurde bei den Schulen die falsche Erwartung und Hoffnung geweckt, dass die angekündigten Kürzungen doch noch zurückgenommen werden – auch ist bei den Menschen in Hessen der Eindruck entstanden, dass es bei den Verhandlungen der Landesregierung nicht um die Frage ging, wie das bestmögliche für die Schulbildung in Hessen erreicht werden, sondern wie im Rahmen des Kommunalwahlkampfes von der eigenen Regierungspolitik abgelenkt werden kann und welcher Koalitionspartner am Ende das letzte Wort hat. Der Schaden, den die Landesregierung angerichtet hat, geht damit weit über die hessische Schulpolitik hinaus.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 10. März 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)